BERGEDORFI Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Hamburg-Bergedorf

Ausgabe 01/2022

Geimpft durch



Keine Ehrung für einen alten Nazi!

Regelmäßig findet in Bergedorf um den 9. November herum die Woche des Gedenkens statt - veranstaltet Gedenken der AG Bergedorfer Rathausbündnis gegen Rechts und mit vielen beeindruckenden Veranstaltungen gegen das Vergessen der Verbrechen des deutschen Faschismus.

Traditionell wird die Woche des Gedenkens am Mahnmal für die Zwangsarbeiterinnen Zwangsarbeiter am Kampdeich durch Bezirksamtsden leiter bzw. die Bezirksamtsleiterin eröffnet. Alle Parteien außer der Organisationen und Vereinigungen legen dort Kränze und Blumen nieder.

Ausnahmslos alle Rednerinnen und Redner betonen in ihren Beiträgen, das, was unter dem dass Hitlerfaschismus Menschen angetan wurde, sich nie mehr wiederholen dürfe, sondern dass wir aus der Geschichte lernen müssten.

AFD.

viele

n NSDAP-Mitglied benannt werde uber ein öffentliches Gebäude? Kurt A. Körber war NSDAP-Mitglied Wie aber soll aus der Geschichte gelernt werden, kritiklos wenn hingenommen dass dem wird, Mahnmal für die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter gegenüber das neu gebaute Begegnungszentrum nach einem alten Nazi, Kurt A. Körber, benannt werden soll? Ein Mann, der als



Mitglied der Nazipartei NSDAP und technischer Direktor der verselle-Werke Dresden" in der Zeit 1944/1945 verantwortlich war für die der Produktion eingesetzten Zwangsarbeiterinnen und Frauen aus dem KZ Ravensbrück. Ein Mann, der in **NS-Verbrechen** verstrickt war und davon profitierte. Jemand der sich nie mit seiner NS-Vergangenheit kritisch auseinander-

gesetzt, geschweige denn davon

distanziert hat.

Die Alt- und Neonazis wissen Symbolik schätzen. zu Anschläge auf das Mahnmal für die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter - zuletzt der Diebstahl der Gedenktafel - sind kein Zufall. Sie zeugen von einer aktiven rechten Szene in Bergedorf. Bei einem Kurt-A.-Körber-Haus ist ein derartiger

> rechter Angriff nicht zu erwarten.

> Das neu gebaute Haus soll ein Ort für Begegnung Austausch, ein Treffpunkt für alle Generationen und Kulturen werden. Darum ist es umso wichtiger, dieses

Persönlichkeit nach einer benennen, die durch ihr Handeln Vorbild für alle Generationen und Kulturen sein kann.

Nach einem Nazi wie Kurt A. Körber darf kein öffentliches Gebäude benannt werden!

Ich meine, dass es nicht genügt, einmal im Jahr auf dem Friedhof schöne Worte zu sprechen, und im Übrigen ist dann die Sache erledigt.

Gertrud Müller, KZ-Überlebende und langjährige Sprecherin der Lagergemeinschaft Ravensbrück

Mach dich gerade gegen Querdenken!

Seit Monaten demonstrieren in Bergedorf Impfgegner, Wissenschaftsfeinde und Esoteriker - Seite an Seite mit Rechtsradikalen und deren Parolen - gegen die Coronapolitik der alten wie der neuen Bundesregierung und des Hamburger Senats. Ein breites Bündnis von Demokraten hat sich dem entgegengestellt und sie aus der Bergedorfer Innenstadt vertrieben. Die DKP war und ist aktiv dabei

Wir rufen auf zum Impfen. Denn Covid-19 bedroht gerade die Schutzbedürftigsten; neben den immer wieder genannten Alten sind das Menschen in beengten Wohnverhältnissen, Menschen mit geringem Einkommen, Menschen, die öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind. Menschen, die Homeoffice nicht im zuhause bleiben können.



Wir kritisieren aber auch die Coronapolitik der Bundesregierung und des Hamburger Senats. Sie ist fast ausschließlich daran orientiert, dass die Krankenhäuser nicht überbelastet werden. Wenn jetzt Kranke wegen fehlender Intensivbetten in andere Krankenhäuser geflogen werden, wird meist den Ungeimpften die Schuld daran gegeben. Natürlich bräuchten viele an Covid-19 Erkrankte dort nicht zu

liegen, wenn sie sich hätten impfen lassen. Aber Tausende von Betten auf den Intensivstationen stehen auch nicht zur Verfügung, weil das Personal fehlt. Die Krankenhäuser haben 50.000 Euro für jedes neu eingerichtete Intensivbett eingestrichen und die stehen jetzt im Keller.

Das Personal läuft ihnen weg, weil sie weiter schlecht bezahlen. So wurden sie zum Beispiel in der Tarifrunde letzten mit einem einmaligen Bonus abgespeist, statt ihnen eine ordentliche Gehaltserhöhung zu zahlen und sie besser einzustufen. Der Hamburger Finanzsenator Dressel war stellvertretender Leiter der Verhandlungsdelegation der Länder und ist mitverantwortlich für das Tariferaebnis.

Fortsetzung S. 3



Die Armut nimmt zu!

Wie 2021 haben der Winter und die Pandemie uns fest im Griff. Die Inflation steigt weiter, unser Geld

LÖHNE RAUF -

DIE REICHEN

SOLLEN ZAHLEN

DIE KRISE HEISST

KAPITALISMUS!

wird immer weniger wert und damit, dass im neuen Jahr die Inflationsrate abflacht, kann man nicht rechnen. Die Bedürftigkeit vieler Menschen nimmt zu und damit auch der Besuch der Tafeln.

Die Preise für den täglichen Bedarf sind nach wie vor auf einem Höchststand

und werden weiter steigen. Das merken insbesondere Menschen mit geringen Einkommen, Empfängern von Harz-IV, Rentnerinnen und Rentner. Jeder vierte Rentner ist bereits jetzt auf Grundsicherung angewiesen. Kein Wunder, dass immer mehr Men-

> schen auf eine der 940 TafeIn Deutschland zurückgreifen, insgesamt 1.6 Millionen, ohne die Dunkelziffer hinzuzurechnen. Bei Bergedorf uns in sind es 2600 Menschen, die mit ihren Familien ohne die Lebensmittel der Tafel nicht über die Runden kommen würden.

Die Situation wird durch die immer höheren Energiepreise verschlimmert. Allein in unserer Stadt wurden mit steigender Tendenz in den ersten 9 Monaten 2021, 4945 Haushalten der Strom abgeklemmt. Sie waren nicht mehr in der Lage die gestiegenen Strompreise zu bezahlen. Einen Antrag der Linksfraktion, Energiesperren in Hamburg auszusetzen, lehnten alle anderen Parteien in der Bürgerschaft ab.

Neues Jahr - alte Sorgen

Es bleibt also alles beim Alten, zumindest für die Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere für die Menschen mit geringen Einkommen. Auch wenn Hartz-IV jetzt Bürgergeld heißen soll, ändert es nichts an der Situation.

Wer glaubte, die "Ampel" würde für die "kleinen Leute" spürbare Entlastungen bringen, glaubt auch das Zitronenfalter Zitronen falten.

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Hamburg-Bergedorf



Fortsetzung von S.2

Die Arbeitssituation hat sich nicht verbessert. So wurde im Dezember bekannt, dass im UKE auf der Intensivstation eine Pflegekraft statt der vorgesehenen 2 Betten 5 Betten zu betreuen hatte. Die neue Bundesregierung will die eigentliche Ursache der Misere, die Abrechnung der Behandlungskosten über Fallpauschalen, ausdrücklich beibehalten. Sie ist die Grundlage dafür, dass die Krankenhauskonzerne ihre Profite machen können.



Die Maßnahmen die gegen Ausbreitung von Corona wurden weitgehend auf den privaten Bereich beschränkt, während die Produktion und vor allem der Weg zur Arbeit kaum eingeschränkt wurden. Alles wurde darauf ausgerichtet, dass die aroßen Konzerne geschont wurden. Und wo sie durch die Einschränkungen doch belastet wurden, erhielten sie

Unterstützung in Miliardenhöhe. Anders erging es den Millionen prekär Beschäftigten. Sie bekamen nicht einmal Kurzarbeitergeld und mussten Hartz-IV beantragen.

Nicht nur die Impfgegner und Coronaleugner müssen zurückgewiesen werden. Auch die Corona-Politik auf Bundesebene und in Hamburg ist zu kritisieren.

Schutz vor Corona
heißt:
Menschenleben
vor Profitinteressen!

Bergedorf braucht ein zweites Schwimmbad

beliebten Bergedorfer den Badeseen verunglücken in den Sommermonaten regelmäßig Kinder und Erwachsene. Trotz Schwimmunterricht in den Schulen mit dem Ziel, dass jedes Kind nach dem Verlassen der Grundschule schwimmen kann, können fast die Hälfte aller Kinder nach Beendigung der vierten Klasse nicht richtia schwimmen. Ein Grund: Es existieren einfach zu wenig Schwimmflächen in Hamburg und es gibt zu wenig Schulschwimmlehrer*innen. Das trifft besonders Kinder aus sozial benachteiligten Stadtteilen. In den Elbvororten und den Walddörfern, den wohlhabenden Vierteln. können viele Kinder bereits vor dem Schulbesuch schwimmen.

Möchten Eltern ihr Kind für einen Schwimmkurs über die Bäderland-Web-Seite anmelden, stellen sie fest, dass es keinen Platz gibt, egal in welchem Stadtteil. Lange Wartezeiten sind die Folge. Für Eltern aus sozial schwachen Gebieten kommt eine weitere Hürde hinzu. Ein Kurs kostet € 169.-. Ein weiterführender Kurs kostet € 96.-. Das können sich zum Beispiel in Billstedt, in Mümmelmannsberg oder auch in Bergedorf nicht alle Eltern leisten. Die Folge: Es gibt immer noch 9- bis

10-jährige Kinder, die nicht einmal das Seepferdchen haben.

In Bergedorf ist die Situation nicht besser.

Wer im Billebad schwimmen geht, erlebt eine Situation, die niemanden gerecht wird - weder dem Schulschwimmen, dem Vereinssport noch den Freizeitsportlern. Das Bad ist einfach zu klein. Die jahrelangen Forderungen nach einem weiteren Schwimmbad im Bezirk Bergedorf könnten sich jetzt vielleicht erfüllen. In Oberbillwerder soll ein neues Schwimmbad entstehen.



Nach Äußerungen von Karin Hopert, der Vertreterin von der Bäderland Hamburg GmbH, wird das Schwimmbad vor allem Vereinen und dem Schulschwimmen zur Verfügung stehen. Für die übrige Bevölkerung wird "morgens vor der

Arbeit, in den Ferien oder am Wochenende ... genügend Platz und Zeit " sein, so Hopert.

Hier wird offensichtlich etwas geplant, das erneut zu klein ist. Die Mehrheit der neuen Bewohnerinnen und Bewohner wird nicht in einem Schwimmverein organisiert sein und dennoch das Bedürfnis haben, nach der Arbeit schwimmen zu gehen. Auch die nicht mehr berufstätigen Menschen in Oberbillwerder sollten am Tag die Gelegenheit haben, durch Schwimmen etwas für die Gesundheit zu tun.

Hoffen wir, dass es überhaupt dazu kommt, denn bisher war in den Plänen für Oberbillwerder nur zu lesen: "die Schwimmhalle ist im südlichen Bahnquatier vorgesehen vorbehaltlich der Überprüfung der Wirtschaftlichkeit" oder "Weitere Sportangebote, insbesondere ein Schwimmbad mit separatem REHA-Becken ... (sind) wünschenswert".

Bergedorf benötigt ein Schwimmbad, dass nicht nach Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten gebaut wird, sondern den Bedürfnissen der ständig wachsenden Bergedorfer Bevölkerung entspricht.



Öffentlicher Nahverkehr muss kostenlos werden!

Die neue Bundesregierung will "mehr Fortschritt wagen", wie sie in ihrem Regierungsprogramm angekündigt hat - besonders beim Klimaschutz. Was das bedeutet, konnten nicht nur die Bergedorfer und Lohbrügger Nutzer der S-Bahn gleich nach deren Amtsantritt erfahren. Die bundeseigene Deutsche Bahn erhöhte kurz nach der Wahl die Fahrpreise, die S-Bahn Hamburg zog nach und die Bürgerschaft winkte die Preiserhöhung am 17.Dezember durch.

Bringt man so mehr Arbeiter und Arbeiterinnen in Bus und Bahn? Und an welcher Stelle sollen diejenigen sparen die auf den ÖPNV angewiesen sind, aber bereits jetzt jeden Cent umdrehen müssen? Die galoppierende Inflation macht Energie und Lebensmittel deutlich teurer, die Mieten sind in Hamburg so stark angestiegen wie seit 20 Jahren nicht mehr! Wer also ein Ticket für die Bahn kaufen muss, hat immerhin die Wahl zwischen hungern oder frieren. Kurzum: die Fahrpreiserhöhung belastet all jene überproportional die mit ihrem Geld haushalten müssen oder schlicht zu wenig haben um würdig zu leben.

Diejenigen aber, die durch ein hohes Einkommen oder durch die Ausbeutung Lohnabhängiger fast automatisch wegen ihres deutlich höheren Konsum viel mehr zum CO2-Ausstoß beitragen, werden durch teurere Tickets selbst bei regelmäßiger Nutzung kaum belastet. Nicht nur hier wird deutlich, dass die Klimapolitik von den Arbeitern und Arbeiterinnen bezahlt werden soll, nicht von den Hauptverursachern des Klimawandels.

Dabei ist eine andere Lösung greifbar nahe! Die Stadt Wien, mit einer ähnlichen Einwohnerzahl wie Hamburg, bietet ein Jahresticket für 365€, also für 1€ pro Tag an. Finanziert wird das unter anderem durch deutlich höhere Parkgebühren in der Innenstadt für alle, die trotz ausgebautem Streckennetz und guter Taktung meinen, ohne ihren SUV nicht auskommen zu können.

Was spricht also dagegen, diesen Versuch auch in der Hansestadt zu wagen, und damit endlich mal etwas zu tun, was allen Einwohner*innen nützt? Warum nicht auch über eine Reichensteuer für die Krisengewinnler?

Aber Rot-Grün hält es nicht einmal für notwendig, das von Ole von Beust und Schill abgeschaffte Sozialticket wieder einzuführen. Die Klima- und Sozialpolitik in dieser Stadt trägt also eindeutig die Handschrift wohlstandsverwahrloster Lobbyisten für die Reichen. Sie befinden sich damit in guter Gesellschaft. Der Antrag der Linkspartei im Bundestag Erhöhung der HartzIV-Sätze Inflationsniveau wurde mehrheitlich abgelehnt, nur um sich selber nicht einmal eine Stunde später die Diäten zu erhöhen.

Der Druck muss von unten kommen:

- Kostenloser ÖPNV f

 ür alle!
- Gegen die Abwälzung der Kosten für den Klimaschutz auf die Arbeiter und Arbeiterinnen!
- Für eine Millionärssteuer! Die Reichen sollen zahlen!

Bezos' Weltraumausflug kostete eine Lebenszeit an CO2-Ausstößen

Gerade Weltraumtourismus zeigt in Sachen CO2-Emissionen die Unterschiede in der Gesellschaft auf. Ein kurzer Trip in den Weltraum kostet die Umwelt so viel wie das ganze Leben von weniger wohlhabenden Menschen.

Der Standard, 14. Dezember 2021

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern ein friedliches neues

Dafür werden wir kämpfen:

- für Abrüstung statt Aufrüstung
- gegen Waffenexporte
- für Gespräche statt Sanktionen
- für Frieden mit Russland und China

Kontakt zur DKP Bergedorf:

Tel: 040 - 480 4900 e-mail: dkp-bergedorf@t-online.de DKP Hamburg: http://hamburg.dkp.de : DKP Hamburg: @DKPBergedorf

: DKP Hamburg-Bergedorf: @DBergedorf

C: DKP Hamburg-Bergedorf: dkpbergedorf

Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei Gruppe Bergedorf V.i.S.d.P. Uve Merz Magda-Thürey-Zentrum Lindenallee 72, 20259 Hamburg

Spendenkonto:

HASPDEHHXXX, DE29 2005 0550 1226 1209 29 Stichwort: Bergedorfer Utsichten

An dieser Zeitung wirkten mit: P. Gohl, N. Hansen, V. Merz, U. Merz, G. Gedo

DKP fordert gesetzlichen Energiepreisstopp

Hamburg Energie erhöht zum neuen Jahr den Gaspreis um bis zu 37 Prozent und den Strompreis um bis zu 17 Prozent. Ein durchschnittlicher Haushalt muss mit Mehrkosten von ca. 450 Euro im Jahr rechnen. Autofahrer haben es bemerkt: Der Spritpreis ist seit dem Beginn des vorigen Jahres um ein Viertel gestiegen. Da kommen im Jahr je nach Fahrzug und Fahrleistung zusätzliche Kosten von 400 Euro und mehr zusammen.



Ende November meldete das Statistische Bundesamt einen neuen Rekord: So seien Verbraucherpreise im November gegenüber dem Vorjahresmonat erstmals um über 5 Prozent angestiegen. Das ist der größte Preisanstieg seit fast 30 Jahren. Dem gegenüber stehen sinkende Einkünfte breiter Bevölkerungsteile. Die Hauptanteil an der Preisexplosion haben die steigenden Energiepreise.

Absolute Verarmung nimmt zu

Haushalte von Niedrig- und Normalverdienern sind von der Preissteigerung ungleich stärker belastet als Reiche, weil ihre finanziellen Spielräume sehr viel kleiner sind. Verschärfend kommen die Lohneinbußen hinzu, von denen fast ein Drittel aller Geringverdienerund fast die Hälfte der Normalverdiener-Haushalte im letzten Jahr betroffen waren. Die Ergebnisse von Tarifkämpfen wie im Öffentlichen Dienst der Länder sind in diesem Zusammenhang eindeutig: Die vereinbarten Lohnerhöhungen werden die realen Lohn- und Rentenverluste durch steigende Verbraucherpreise nicht verhindern.

Wer trägt die Verantwortung?

Ursachen für steigende Energiepreise sind vielfältig. Aber die Liberalisierungspolitik der letzten Bundesregierungen hat entscheidend dazu beigetragen. Profitiert hat dieser Politik weder Bevölkerung noch die Umwelt. Profitiert haben hingegen Banken und Finanzunternehmen, für die sich neue Investitionsquellen mit Rekordprofiten aufgetan haben. Auch die neue Bundesregierung keinerlei Initiative, zeigt die Bevölkerung der vor Energiepreisexplosion zu schützen.



Gesetzlicher Energiepreisstopp notwendig

Die DKP stellt demgegenüber die Forderung nach einem sofortigen gesetzlichen Energiepreisstopp wie in Frankreich. Dort wird der Preis für Gas bis im kommenden April auf dem Niveau Oktober eingefroren. Der Strompreis wurde bis zum Jahresende blockiert. Im neuen Jahr soll die Erhöhung nicht mehr als 4 Prozent betragen.

Es ist höchste Zeit, dass der Widerstand gegen diese Verarmungspolitik in Deutschland auf die Straße kommt. Dazu will die DKP mit ihrer Kampagne für einen Energiepreisstopp beitragen. Im Rahmen der Kampagne wird sie auf der Straße und online Unterschriften unter folgende Forderungen sammeln:

- Für einen gesetzlichen Preisstopp für jede Form von Energie für private Haushalte und kleine Unternehmen. Das umfasst Strom-, Gas-, Öl- und Benzinpreise
- Für das Verbot von Strom- und Gassperren
- Für einen Energiezuschlag für Haushalte mit Bezug von Sozialleistungen
- Die Beeendigung der Subventionierung von Energiekonzernen
- Energiekonzerne gehören in die Öffentliche Hand
- Ja zur Millionärssteuer, Nein zur unsozialen CO2-Steuer



Für eine Mindestrente von 1.200 €

Die Älteren können sich noch daran erinnern, dass es Zeiten gab, als so gut wie alle Menschen nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben von ihrer Rente so gut leben konnten wie zuvor, keinen Nebenjob brauchten oder gar Flaschen sammeln mussten.

Rentnerinnen und Rentner sieht das weit schlechter aus. Insbesondere die Regierung Schröder/Fischer aus SPD und Grünen hat mit der Schaffung des Niedriglohnsektors dafür gesorgt, das immer mehr Menschen nach Hungerlöhnen

Viele Menschen in Deutschland können auch heute noch ihren Lebensabend ohne finanzielle Sorgen verbringen. Ziel muss es aber sein, dass dieses für alle Menschen gilt. Dafür müssen die Löhne gerade im unteren Bereich deutlich angehoben werden. Die geplante Erhöhung des Mindestlohns kann nur ein erster Schritt sein.

Die Rentengesetze müssen geändert und das frühere Rentenniveau wieder hergestellt

werden.

Trittin-Rente

Zwei Projekte der rot-grünen Bundesregierung von 1998 bis 2005 haben die Zeit überdauert: das Pfand für Einwegflaschen und die Kürzung der gesetzlichen Altersbezüge. Der Begriff »Trittin-Rente« ist die traurige Synthese aus beidem. Der grüne Umweltminister Jürgen Trittin hatte 2003, ein Jahr nach Inkrafttreten der Rentenreform, das Einwegpfand eingeführt.

Jungle World 27.08.15

Seit rund 30 Jahren haben CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne - in welcher Kombination auch immer - mit ihren Renten"reformen" dafür gesorgt, dass das heute anders ist. Rentnerinnen und Rentner machen etwa ein Fünftel der Hamburger Bevölkerung aus. Viele von ihnen müssen dazuverdienen, wenn sie ihren Lebensstandard halten wollen. Rund ein Fünftel von ihnen bekommt eine Rente, die unter der Sozialhilfe liegt, darunter besonders viele Frauen.

Dabei haben die heutigen Rentnerinnen und Rentnern noch zum überwiegenden Teil in relativ sicheren Verhältnissen gearbeitet und verdient. Bei den künftigen Regierung erhöht Flaschenpfand, um Altersarmut zu bekämpfen

Berlin (dpo) - Die Regierung reagiert auf den Anstieg der Altersarmut in Deutschland: Bereits ab 1. Januar soll das Pfand auf Einwegflaschen und -dosen 50 statt 25 Cent betragen. Das Pfand für Bierflaschen ohne Bügelverschluss erhöht sich von 8 auf 16 Cent, das aller übrigen Mehrwegflaschen von 15 auf 30 Cent. Die deutschlandweit über 465.000 Senioren, die nur noch Rente in Höhe der Grundsicherung erhalten, begrüßen den aus ihrer Sicht längst überfälligen Schritt.

aus der Satirezeitschrift Der Postillon 23.10.13

später Hungerrenten bekommen. Wer einen großen Teil seines Lebens als Leiharbeiter, Frist- oder Werkverträgler, Teilzeitbeschäftigter oder Soloselbständiger gearbeitet hat, für den kommt eine Rente heraus, von der man nicht leben und nicht sterben kann.

Weder die von der neuen Bundesregierung zugesagte Sicherung des gegenwärtigen Rentenniveaus noch die von der SPD vorgeschlagene sogenannten Grundrente reichen aus.

Das alles - sollte es denn durchgeführt werden - braucht aber

Jahre, bis es für die Rente wirkt. Deshalb brauchen wir sofort eine Mindestrente, die für ein würdiges Leben reicht. Kein Wort davon in dem Koalitionspapier der neuen Regierung.

Flaschenpfand erhöht, um Altersarmut zu bekämpfen

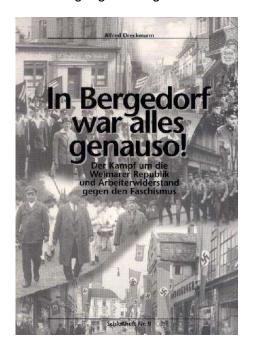
eine Mindestrente von 1200 €

Wir fordern

aus der Satirezeitschrift Der Postillon 23.10.13

Kulturskandal in Bergedorf! Museum lehnt Alfred Dreckmanns Archiv ab!

Alfred Dreckmann hat sein Leben lang zur Geschichte der Arbeiterbewegung, der Industriegeschichte und des Nationalsozialismus sowie zu Verfolgung und Widerstand während des Faschismus in Bergedorf geforscht und gesammelt. Zu diesen Themen hat er Bücher und Broschüren veröffentlich, Ausstellungen organisiert und Stadtrundgänge durchgeführt.



Mit großer Leidenschaft hat Alfred Dreckmann eine einmalige Sammzeitgeschichtlichen lung von Originaldokumenten, Interviews mit Zeitzeugen und Fotos zur Bergedorfer Geschichte der Arbeiterbewegung - ergänzt mit persönlichen Notizen zusammengetragen: ein privates Archiv, das von der Familie Dreckmann dem Bergedorfer Museum zur Überlassung angeboten wurde.

Die Leiterin des Bergedorfer Museums, Dr. Schanett Riller, lehnt mit Argumenten wie "mangelnde Eignung und Relevanz", die Materialien gehörten sowieso dem Museum, weil gesammelt während der Zeit als Museumsleiter, und die

Familie wolle den Nachlass verkaufen, die Übernahme in das Archiv des Museums ab.

Diese Argumentation ist unverschämt und lässt sich leicht entkräften. Zum Beispiel erschien sein Buch "Wer nicht getauft ist, aufsteh'n. Das andere Bergedorf" schon 1992 - also vor seiner Tätigkeit als Museumsleiter - und die Broschüre zum 50. Jahrestag der Ermordung des kommunistischen Bürgerschaftsabgeordneten Ernst Henning noch viel früher, nämlich 1981. Nach seiner Tätigkeit im Museum erschien 2003 sein bekanntestes Buch: "In Bergedorf war alles genauso", herausgegeben vom Verein der Freunde des Museums für Bergedorf und die Vierlande. Alle Bücher voll mit den von Alfred Dreckmann gesammelten Dokumenten aus den jeweiligen Zeiten.



Zu den Aufgaben eines Museums gehört unstrittig das Sammeln von Kulturgut, um es zu erforschen, vor dem Verfall oder der Vernichtung zu bewahren und für kommende Generationen zugänglich zu machen. Diesen Nachlass wegen mangelnder "Eignung und Relevanz" abzulehnen, zeugt von Ignoranz und Unwissenheit. Diese Blöße sollte sich eigentlich die Leiterin eines Museums nicht geben.

Alfred Dreckmann hatte als Kommunist einen anderen, kritischen Blick auf die Gesellschaft und ihre Geschichte als die jetzige Leiterin des Museums. Aber deswegen sein Archiv abzulehnen, zeigt mangelndes Geschichtsbewusstsein oder blinden Antikommunismus.

Aus Anlass des 90. Jahrestags der Ermordung Ernst Hennings, hat die DKP Bergedorf eine Broschüre neu aufgelegt, die Alfred und Elke Dreckmann vor 40 Jahren, damals anlässlich des 50. Jahrestags der Ermordung Ernst Hennings, über das Leben und Wirken Ernst Hennings, aber auch über die Umstände seiner Ermordung durch drei SA-Männer geschrieben haben. Die Broschüre hat 52 Seiten.



Wir geben die Broschüre gegen eine Spende von 5 € ab. Man kann sie zuzügliche Versandkosten auch bestellen. Man überweist einfach 6,55 Euro auf das folgende Konto:

Kontoinhaber: Peter Gohl, IBAN DE84 2003 0000 0621 9237 13 BIC HYVEDEMM300

Betreff: "Broschüre Ernst Henning" (mit Name und Anschrift, an die die Broschüre geschickt werden soll).